



kapitalistischen Staaten zusammen. Die Krise der Stahlindustrie ist Teil der gesamtwirtschaftlichen Krise. Seit den 60er Jahren hat sich das reale Wachstum des Sozialproduktes stetig verringert, bis 1970 auf durchschnittlich 4,9 Prozent (gegenüber rund 8 Prozent in den 50ern). Dadurch sank auch die Nachfrage nach Stahl. Das wurde noch zeitweise durch eine hohe Investitionsquote von 25 Prozent verdeckt, kam aber in den 70er Jahren drastisch ans Licht. Das reale Wachstum des Bruttosozialproduktes lag bei durchschnittlich 2,8 Prozent, die Investitionsquote ging auf 23,8 Prozent im Durchschnitt zurück.<sup>1</sup> Auf den einzelnen Stahlbetrieb bezogen: Die Unternehmer hatten moderne Anlagen aufgebaut, um kostengünstiger zu produzieren und die Konkurrenz zurückzudrängen, doch die aufgebauten Produktionsmöglichkeiten standen einer gesunkenen Binnennachfrage gegenüber.

Zwar konnte der Stahlexport eine zeitlang die Überkapazitäten im Inland verdecken, seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 sind aber auch da Grenzen sichtbar geworden. Durch die Angleichung der Krisenzyklen in allen kapitalistischen Staaten (USA, Japan, EG-Länder) gibt es eine verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Damit verbunden waren wesentliche Verschiebungen zwischen den führenden Stahlnationen. Während Japan seinen Anteil am Welthandel von 1965 bis 1977 auf über 14 Prozent steigern konnte, fiel die Bundesrepublik auf 5,8 Prozent zurück (gesamte EG: 18,6 Prozent). Die USA lagen mit Kanada zusammen bei 19,8 und die Comecon-Länder bei 30 Prozent. Seitdem liegt die Exportquote der BRD konstant bei etwa 40 Prozent, das heißt, die relative Überproduktion im Inland konnte nicht weiter auf den Weltmarkt gebracht werden, da die internationale Konkurrenz den gleichen Weg ging.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1981/82 ist in vielen westlichen Staaten die Binnennachfrage massiv zurückgegangen. Selbst Japan, das eine Zeitlang davon unberührt zu sein schien, wurde nun von ihr eingeholt; erstmals seit 10 Jahren ging dort die Rohstahlproduktion 1982 auf unter 100 Millionen Tonnen zurück. Wie ernst die Situation mittlerweile ist, zeigte der 16. Weltstahlkongreß im Oktober 1982 in Tokio. Jedes kapitalistische Land versucht, »seine« Industrie vor der Konkurrenz zu schützen, durch Lieferbeschränkungen, Zölle usw. »Der japanische Wirtschaftsminister hat dann auch in die Diskussion auf dem Stahlkongreß eingegriffen und keinen Zweifel gelassen, daß dieser Protektionismus nicht nur die Stahlwirtschaft zerstört, sondern gleichzeitig auch den freien Welthandel zum Erliegen bringt und letztendlich - bei konsequenter Fortsetzung - auch das Ende der westlichen Demokratien bedeuten könnte.«<sup>2</sup> Oder wie wir es sagen würden: Die unkontrollierbaren Folgen der kapitalistischen Produktionsweise veranlassen die schwächeren kapitalistischen Länder dazu, ihre Grenzen dichtzumachen, mit der Folge der Störung des Warenflusses und Krisenverschärfung, die den Bestand dieser »Ordnung« überhaupt in Frage stellt.

Vom Freihandel zu Schutzzöllen — eine alte Melodie, über die Friedrich Engels einmal schrieb: »Elend der großen Volksmasse infolge einer Überproduktion, die entweder periodische Krisen oder chronische Stagnation des Verkehrs erzeugt; Spaltung der Gesellschaft in eine kleine Klasse großer Kapitalisten und eine große Klasse tatsächlicher Lohnsklaven, Proletarier, deren Zahl beständig wächst, während sie

<sup>1</sup> Huffschildt u. a., Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturenformen: Die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie; Manuskript, 1981, S. 19/20

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine vom 16. 10. 1982

<sup>3</sup> Friedrich Engels, Schutzzoll und Freihandel, MEW 21, S. 374

<sup>4</sup> Während die BRD-Stahlkonzerne die vorhandenen Werke modernisierten, ging die internationale Konkurrenz teilweise andere Wege. Die Japaner errichteten riesige integrierte Hüttenwerke an Tiefseehäfen, um Transportvorteile zu nutzen. Auch in Europa wurden einige moderne Küstenwerke aufgebaut: Ghent-Zelzate ARBED; Dünkirchen, Usinor; Bagnoli, Italsider; Teeside, British Steel; Fos sur Mer, Solmer.

ebenso beständig durch neue arbeitssparende Maschinerie überzählig gemacht wird; kurz, Verrennung der Gesellschaft in eine Sackgasse, aus der kein Entkommen möglich ist, außer durch eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft zugrundeliegenden ökonomischen Struktur.«<sup>3</sup>

## Die westdeutsche Stahllandschaft

Die Stahlunternehmen verteilen sich auf wenige Standorte in der BRD. Sie sind historisch durch die Nähe zum Erz (z.B. Siegerland), durch Kohle (Ruhr, Saar), durch günstige Transportwege (z.B. Bremen), durch politische Entscheidungen (ehemalige Reichswerke Hermann Göring, Salzgitter) oder durch Zusammenwirken mehrerer dieser Faktoren entstanden. Walzstraßen und Röhrenwerke liegen meist in unmittelbarer Nachbarschaft.

Technisch wurden die Betriebe in den letzten 15 Jahren fast überall auf einen modernen Stand gebracht. Schwerpunkte waren: Vergrößerung der Hochöfen, neue Verfahren bei der Stahlherstellung und Automatisierung der Walzstraßen. Beispielsweise ist die Anzahl der Hochöfen um mehr als die Hälfte reduziert worden. Die modernste Generation der Hochöfen hat eine Kapazität von 3 Millionen Jahrestonnen.<sup>4</sup> Die Hüttenwerke bereiten das Erz selbst auf, mittlerweile sind etwa 2/3 gesintert oder pelletisiert. Oxygenstahl hat den SM-Stahl abgelöst. Mit der Automatisierung von Walzstraßen ergab sich die Stabilisierung der Walzprozesse, verbesserte Produktqualität und geringerer Energieverbrauch.

## Die EG und die BRD-Stahlkonzerne

Die westdeutsche Stahlindustrie produziert ein knappes Drittel des Gesamtausstoßes aller EG-Staaten. Diese Quote hat sich in den letzten Jahren kaum verändert, was bedeutet, daß sie zwar nach wie vor die entscheidende Rolle spielt, die anderen Stahlkonzerne aber nicht niederkonkurrieren konnte. (Eine Ausnahme ist England.) Die Kapazitäten in der Gesamt-EG stiegen zwischen 1974 und 1978 um 12 Prozent (BRD 14; Italien 23,9; Frankreich 6,2; Großbritannien nur um 0,3). Fast überall wurde versucht, für den nächsten Boom Vorbereitungen zu treffen, um der Konkurrenz davonzueilen. Ergebnis: sprunghafter Kapazitätsaufbau bei sinkenden Absatzmöglichkeiten.

Über die EG wurde mit der Produktionsquotenabsprache Eurofer I 1977 versucht, durch Quotenzuteilungen und Preisanhebungen den Konkurrenzkampf zu bremsen und den Konzernen über die Krise hinwegzuhelfen. Das Kartell platzte,

## Inhaltsverzeichnis

|                                                            |    |
|------------------------------------------------------------|----|
| Stahlindustrie: Kahlschlag droht .....                     | 1  |
| Dortmund: Arbeitsplatzvernichtung erzwingt neue Wege ..... | 5  |
| Dambruch bei ARBED-Saarstahl .....                         | 7  |
| Resignation in Völklingen .....                            | 9  |
| Betriebsbesetzung bei HECKEL, Saarbrücken:                 |    |
| ● Geschichte des Kampfes bei Heckel .....                  | 10 |
| ● Keiner schiebt uns weg .....                             | 11 |
| ● Solidaritätsveranstaltung in Köln .....                  | 12 |
| Vorschläge der DKP zur Lösung der Stahlkrise .....         | 12 |
| 30. Januar 1933: Was haben sie gelernt? .....              | 14 |
| 8. März — Internationaler Frauentag                        |    |
| ● Frauen in der Krise — zurück an den Herd .....           | 17 |
| ● Die Frauenfrage in der Arbeiterbewegung .....            | 20 |
| Hamburg: Bürgerschaftswahl — SPD — GAL .....               | 22 |
| <b>Zur Diskussion über ...</b>                             |    |
| ..... die Grünen in Hessen: Gegenkritik .....              | 23 |
| <b>Arbeiterkorrespondenzen</b>                             |    |
| Dänemark: Streik der Hafentarbeiter .....                  | 24 |
| Paderborn: Betriebsschließung bei Intercolor .....         | 27 |
| Kassel: Das Ende bei Enka .....                            | 28 |
| Frankfurt: Kongreß der Arbeitsloseninitiativen .....       | 30 |

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

## Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15  
Postscheck Hamburg 4100 77-206, BLZ 200 100 20

weil eben wegen der Überkapazitäten einige Unternehmen (z.B. Klöckner) zur Auslastung ihrer Anlagen einen Preiskrieg auf Kosten der anderen führten.

Mit den Quotenabsprachen Eurofer II ab Ende 1980 sollte die Ausgangsbasis der jeweiligen nationalen Stahlindustrie erneut festgeschrieben werden. Von Anfang an gab es Gerangel um die Produktionsquoten. Mit dem Aussteigen einiger Konzerne, in der BRD wieder Klöckner, scheiterte es ebenfalls. Klöckner wurde sogar aus dem Wirtschaftsverband Stahl zeitweise ausgeschlossen, konnte aber gar nicht anders handeln, da nur bei hoher Auslastung niedrige Kosten zu erzielen sind und der Konzern aufgrund seiner dünnen Finanzdecke nicht in der Lage ist, längere Durststrecken zu überstehen.

Parallel zu den Zwangsquoten wurde vom EG-Kommissar Davignon ein nach ihm benannter Finanzierungs- und Organisationsplan erstellt. Ziel: Kapazitätsabbau in der EG um rund 15 Prozent, Abbau von mindestens 80 000 Arbeitsplätzen. Im Plan waren freiwillige Quoten- und Preisbeschränkungen enthalten, ebenso Überlegungen zum »geräuschlosen« Belegschaftsabbau über Sozialpläne usw.<sup>6</sup>

Angesichts der Zuspitzung der Krise jetzt sind alle Pläne nur noch Makulatur. Festzuhalten bleibt, daß es der BRD-Stahlindustrie nicht gelungen ist, über den Hebel EG den anderen Stahlindustrien die Lasten aufzubürden und damit die Krise **nach außen** zu lösen. Die jetzt getroffenen neuen EG-Vereinbarungen zwingen im Gegenteil die BRD-Stahlkonzerne dazu, die vorhandenen europäischen Kräfteverhältnisse zunächst zu akzeptieren und **nach innen** eine Neuorganisation durchzuführen, die den nächsten Anlauf ermöglicht. Das ist der Grund für den jetzt eingeschlagenen Kurs ohne Rücksicht auf Verluste.

### Staatliche Subventionen als Stützen der »Neuordnung«

1981 startete die BRD-Schwerindustrie eine massive Pressekampagne gegen die Subventionen in anderen Ländern, die den »Wettbewerb verzerren« und letztlich hier Arbeitsplätze kosten würden. Dabei wurden erstmals Zahlen bekannt. Von 1975 bis 1980 lagen die Schätzungen für Großbritannien bei 25 Milliarden DM, Belgien 6,6 Milliarden DM, Frankreich 6,65 Milliarden DM und Italien 7,2 Milliarden DM. Damit haben die Staaten »ihren« Laden flottzumachen bzw. den Zusammenbruch ganzer Regionen zu verhindern versucht, um soziale Unruhen auszuschließen. Allerdings war es in der BRD nicht anders. Investitionshilfen von bis zu 20 Prozent (Maxhütte, ARBED) über Länderfonds, Regionalprogramme für das Ruhrgebiet, arbeitsmarktpolitische Programme und Steuererleichterungen (Wegfall der Lohnsummensteuer) sind den Konzernen in die Taschen geflossen. Über Bürgerschaften und Kredite erhielt der ARBED-Konzern über 2 Milliarden DM, der Salzgitter-Konzern profitiert vom Bau des Elbe-Seiten-Kanals usw.

Zwar ist die BRD das stärkste EG-Land, sie kann aber den Weg der Subventionierung auf Dauer genausowenig durchhalten wie die anderen. Erstens werden dadurch Kapazitäten — wenn überhaupt — nur sehr langsam abgebaut, zweitens hat sich gezeigt, daß auf diesem Wege Unternehmenszusammenschlüsse kaum vorankommen, drittens werden Subventionen in der Krise zum Faß ohne Boden (siehe AEG). Das hindert aber die Banken nicht, für ihr Konzept weitere Zuschüsse aus Steuergeldern von mindestens 2 Milliarden DM zu fordern. Die Zusage der Regierung liegt vor.

Wir bitten die Abonnenten der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik«, den Abo-Preis von 20,- DM für die Lieferungen 1983 zu überweisen auf das Konto

GFSA e.V. · Postscheck Hamburg  
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205

mit anliegender Zahlkarte. Allen Lesern, die die »Arbeiterpolitik« politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir hier unseren Dank aus.

### Die »Moderatoren« des Finanzkapitals

»In einem Gespräch am 16. November 1982 der Stahlunternehmen Thyssen, Krupp, Hoesch, Peine-Salzgitter, Klöckner, Saarstahl und Korf im Bundeswirtschaftsministerium wurde von den Unternehmen mit Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers einvernehmlich beschlossen, drei Moderatoren einzusetzen und sie zu bitten, Vorschläge für unternehmensübergreifende Kooperationen und marktstabilisierende Maßnahmen zu erarbeiten und vorzulegen. Die Tätigkeit der Moderatoren ist ehrenamtlich.«<sup>7</sup> Wer hatte nun die »Ehre«? Herrhausen (Deutsche Bank), Bierich (Allianz-Versicherung) und Vogelsang (Beauftragter für Bundesbeteiligungen). Der Bock wurde zum Gärtner!

Hinter dem mit Abstand größten Stahlproduzenten in der BRD, Thyssen, steht die Deutsche Bank, die wiederum durch Aktientausch eng mit der Allianz verbunden ist. Auch bei den meisten anderen Stahlkonzernen haben die Banken das Sagen: Hoesch, Klöckner und ARBED unterliegen durch die gewährten Kredite ihrem direkten Einfluß. So ist es z.B. kein Geheimnis, daß der Vorstandsvorsitzende von Hoesch, Rohwedder, die Interessen der Deutschen Bank im Vorstand zur Geltung bringt. Was Bankenmacht heißt, zeigt der Vergleichsantrag der Korf-Gruppe, der durch drastische Kürzung der Kreditlinien erzwungen wurde. Hier sei nur angemerkt, daß auch bei den Konzernen, deren Aktien offiziell »Streubesitz« sind (also breiter verteilt), z.B. Mannesmann, über das sogenannte Depotstimmrecht der Bankeneinfluß gewährleistet ist. Über die bei den Banken hinterlegten Aktien kleinerer Eigentümer setzen diese ihre Interessen als »Vertreter« durch.

### Nur noch zwei Konzerne

Noch bevor der Vorschlag der »Moderatoren« auf dem Tisch lag, schrieb die »FAZ«: Es müßten nach Meinung der Stahlindustrie klar voneinander abgegrenzte Unternehmenseinheiten im Sinn von »Profitcenters« geschaffen werden. Daran wird deutlich, um was es eigentlich geht: **um Profit, nicht um Menschen!** Wie sehen die Vorschläge aus?

»Kernpunkt der Vorschläge ist die Zusammenfassung der Produktion von Flachstahlerzeugnissen und schweren Profilen in den beiden Gruppen »Rhein« und »Ruhr«. Dabei werden zwei Zentren herausgestellt: Thyssen Hamburg für die Gruppe »Rhein« mit einer monatlichen Flachstahlproduktion (Basis 1981) von 466.000 Tonnen, gebildet aus den Betrieben von Thyssen und Krupp; Hoesch in Dortmund für die Gruppe »Ruhr« mit 461.000 Tonnen Flachstahl, hervorgehend aus den Werken von Hoesch, Peine-Salzgitter und Klöckner-Bremen. Dabei könnten — nach der Vorstellung der Moderatoren — die Werke Peine, Salzgitter und Bremen als reine Betriebsgesellschaften mit Verkauf, örtlicher Werkleitung fungieren, während die Verwaltung, Einkauf und Finanzen in Dortmund konzentriert würde.

Während die Produktion schwerer Profile (vor allem Schienen und Träger) nach Meinung der Moderatoren mit der Bildung der Gruppen »Rhein« und »Ruhr« ebenfalls sinnvoll geordnet werden könnte, braucht die Neuordnung der leichten Profile (darunter Walzdraht und Betonstahl) eine andere Lösung, schon weil hier die Produktionstechniken unterschiedlich sind. Hier werden auch mehr Werke mit einbezogen: neben Thyssen, Krupp, Hoesch, Klöckner und Salzgitter auch die Saarstahl- und die Korf-Gruppe. Dabei

<sup>6</sup> Die Grenzen der EG-Kommission werden in folgender Schilderung klar: »Die Stahlindustrie hat, ob man es will oder nicht, den Hang zum Gigantischen. In fünfundzwanzig Jahren ist die technische und wirtschaftliche optimale Betriebsgröße von 1 Millionen t im Jahr auf 10 Millionen t gewachsen. Entsprechend wuchs auch der Kapitalbedarf. Er übersteigt heute jedes Fassungsvermögen. Es braucht niemand zu wundern, wenn Unternehmen sich zusammenschließen, um eine breitere Grundlage für die Deckung des Kapitalbedarfs zu schaffen. Geändert hat sich aber nicht nur die Größe der Probleme, sondern auch der Ort, an dem die Entscheidungen getroffenen werden. Bis 1952, also bis zum Inkrafttreten des Montanvertrages, entschieden ganz natürlich die Staaten über Absprachen der Industrie innerhalb der Landesgrenzen. Als aber die Stahlriesen über die Landesgrenzen hinauswuchsen, waren auch die Landesregierungen mit der Wahrnehmung der Verbraucher- und Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Giganten überfordert.«

Aus: »Europa Aktuelle«, veröffentlicht vom »Verbindungsbüro«, ohne Jahrgang.

<sup>7</sup> Bericht der Moderatoren vom 23. 1. 1983

würden im einzelnen die heutigen Konzerne bestimmte Fertigungen aufgeben, so daß sich die Produktion auf weniger Anlagen verteilen würde. (...)

Mit dem Verhandeln von Einzelheiten dürfe nun keine Zeit mehr verlorengehen, betonte Vogelssang. Darum schlagen die Moderatoren zunächst einmal die Bildung von Verkaufsgesellschaften für Flachstahl und schwere Profile vor, die gleichsam als Vorstufe für gesellschaftsrechtliche Zusammenschlüsse zu dienen hätten. In der Verkaufsgesellschaft »Rhein« sollen folgende Unternehmen zusammengefaßt werden: Thyssen, Krupp, Stahlwerke Bochum, Stahlwerke Rasselstein und Theodor Wuppermann. An eine Fusion ist hier freilich nur für Thyssen und Krupp gedacht, während die anderen Mitglieder dieser Verkaufsgesellschaft – soweit sie es noch sind – unabhängig bleiben sollen. In der Verkaufsgesellschaft »Ruhr« sollen Hoesch, Peine-Salzgitter, Klöckner, Maxhütte und Saarstahl zusammengefaßt werden. Sobald die von den Moderatoren empfohlenen neuen Gruppen durch Fusion zustande gekommen sind, können dann nach ihrer Meinung die Verkaufsgesellschaften wieder aufgelöst werden.

Die für die leichten Profile vorgeschlagenen Verkaufsgesellschaften dagegen sollen nicht zu Fusionen führen, sondern auf Dauer den Verkauf der Mitgliedfirmen zusammenfassen. Die Unternehmer Arbed Saarstahl GmbH, Badische Stahlwerke AG (Korf), Hamburger Stahlwerke GmbH (Korf und Klöckner), Stahlwerke Bochum, Rasselstein, Theodor Wuppermann und die neu entstehende Edelstahlgruppe von Thyssen und Krupp könnten als unabhängige Unternehmen bestehen bleiben. An der Saar wird nach den geplanten Strukturmaßnahmen die Roheisenerzeugung auf Dillingen konzentriert, und bei Saarstahl bleiben das LD-Stahlwerk mit Strangußanlagen sowie die erhaltenen Walzstraßen. Der luxemburgische Arbed-Konzern habe sich damit einverstanden erklärt, daß Saarstahl im Verkauf aus dem Arbed-Konzern ausgegliedert wird.<sup>8</sup>

Das Konzept könnte beispielsweise für Dortmund bedeuten: Verschrottung der Breitbandstraße einschließlich Sinter, Hochofen und Stahlwerk, als Rest bleibt höchstens eine Kaltwalzwerks GmbH. Aber alle Standorte müssen sich darauf einstellen, daß durch Produktausgleich (z. B. bei Quattroblechen) oder Zentralisierung (z. B. bei Edelstahl) Belegschaften massiv abgebaut werden oder Schließungen anstehen; dazu bringt die »Neuordnung« einen Rationalisierungsschub in den verbleibenden Produktionsstätten. Es geht ans Eingemachte! Keine Belegschaft ist mehr »sicher« wie viele das heute noch meinen.

### Die Vorstellungen der IG Metall...

In einer Broschüre hat die IGM 1977 ihr Politik dargestellt: »Investitions- und Personalpolitik werden irritiert durch enorme zyklische Schwankungen von Mengen und Preisen. Eine Stabilisierungspolitik sollte eigentlich an der Verstärkung des Stahlbedarfs ansetzen. Sie wäre nicht aussichtslos, erforderte aber ein umfassendes gesamtwirtschaftliches Konzept. Praktiziert wird stattdessen ein von der EG-Kommission gelenktes Quotenkartell der Anbieter: Eine befristete Notlösung, und nur als solche von den EG-Gewerkschaften freudlos toleriert. Sie achten darauf, daß die Beschäftigten keinen Nachteil davon haben. Von grundlegender Bedeutung für die Stahlmarktpolitik in der EG ist die Konzernstrategie horizontaler Fusionen. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange ein »weites Oligopol« erhalten bleibt, die Mitbestimmung nicht eingeschränkt wird, und sofern die Konzerne sich einem gemeinwirtschaftlichen Verhalten nähern. Überwiegend positiv ist das Bestreben der Konzerne zu würdigen, durch vertikale Fusionen (Diversifizierung) ihr Konjunkturrisiko zu mildern und an den Preisvorteilen der Verarbeitungserzeugnisse teilzuhaben. Gelingen ist das bisher nur in Einzelfällen. Die Arbeitnehmer können sich eine Minderung des Konjunkturrisikos weniger von Marktstrategien erhoffen als von einem zeitlichen Einkommensausgleich, von den Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen des EGKS-Vertrages und von einer mittelfristigen Personalpolitik. Mitbestimmung und mittelfristige Orientierungsdaten hatten die Personalplanung in den letzten Jahren erfolgreich verstetigt.«<sup>9</sup> Nach diesen Vorstellungen hat die IGM-Führung die Stahlkrise mit »bewältigt«. Und was ist davon geblieben?

## VERKAUFSGESELLSCHAFTEN FLACHPRODUKTE UND SCHWERE PROFILE

### VERKAUFSGESELLSCHAFT RHEIN

Gesellschafter:  
Thyssen  
Krupp  
Stahlwerke Bochum  
Rasselstein  
Wuppermann

### VERKAUFSGESELLSCHAFT RUHR

Gesellschafter:  
Hoesch  
Peine-Salzgitter  
Klöckner  
Maxhütte  
Saarstahl

### LEICHTE PROFILE

### VERKAUFSGESELLSCHAFT NORDWEST

Gesellschafter:  
Thyssen  
HaW

### VERKAUFSGESELLSCHAFT SÜDWEST

Gesellschafter:  
Saarstahl  
BSW  
Maxhütte

Oberstes Ziel der IGM war die »Verstärkung des Stahlbedarfs«. Die Krise hat offengelegt, daß eine Planung im Kapitalismus überhaupt nicht möglich ist, auch nicht mit guten Absichten über ein »gesamtwirtschaftliches Konzept«. Angesichts der Tatsachen muten die Vorstellungen der IGM anachronistisch an. Mit ihrer Position, Fusionen »überwiegend positiv« zu »würdigen«, kann die IGM natürlich auch jetzt nicht konsequent gegen den Zusammenschluß Thyssen-Krupp auftreten. In einem Positionspapier heißt es dazu: »Wie wir zwischenzeitlich erfahren haben, hat der Vorstand der Hoesch Werke AG in einem Schreiben an den Krupp-Vorstand diesen wissen lassen, daß die Absichtserklärung von Krupp und Thyssen die Geschäftsgrundlage des Ruhrstahl-Konzepts in der bisher verabredeten Form aufs äußerste gefährdet. Der Vorstand der Hoesch Werke AG drängt darauf, daß Krupp die in der Absichtserklärung angekündigten Untersuchungen bis zur Verwirklichung der Ruhrstahl AG ruhen lassen soll. Krupp wird aufgefordert, die vorgesehenen Untersuchungen mit Thyssen nicht beginnen bzw. fortführen zu lassen und dies Thyssen auch im Namen von Hoesch als Ruhrstahl-Partner mitzuteilen... Ganz ohne Zweifel bedeutet die Herauslösung der Edelstahlaktivitäten aus der Krupp Stahl AG, daß die von den beteiligten Aufsichtsräten am 4. 2. 1982 einmütig gefaßten Beschlüsse nicht mehr realisiert werden können. Allein durch die Ankündigung von Krupp und Thyssen, Untersuchungen über eine Zusammenlegung ihrer Edelstahlbereiche einzuleiten, ist die Verwirklichung der im Strukturkonzept der künftigen Ruhrstahl AG vorgesehenen Investitionsvorhaben aufs äußerste gefährdet... Die IG Metall sollte deshalb der Gründung der Ruhrstahl AG in der ursprünglichen Konzeption den Vorrang einräumen, um entstehende Verunsicherungen zu beseitigen. Die vorgesehene Gründung einer Edelmetallgesellschaft kann die IG Metall aus den oben genannten Gründen nicht unterstützen.«<sup>10</sup> Allerdings richtet sich die raue Wirklichkeit nicht nach den Wünschen der IGM. Ob sie nun den Zusammenschluß von Thyssen und Krupp befürwortet oder nicht, vollzogen wird er sowieso. Im übrigen war klar, daß auch beim »Ruhrstahl-Konzept« Arbeitsplätze verloren gehen würden. Vor Hoesch-Vertrauensleuten mußte Rudolf Judith im Dezember 1982 zugeben: »Die IGM hat im Moment kein Konzept.«

### Die IGM als Arzt am Krankenbett des Kapitals

Ein neues IGM-Konzept wurde Mitte Januar von der IGM auf einer Klausurtagung mit den 20 Vorsitzenden der Gesamtbetriebsräte der Stahlindustrie erarbeitet. Im »Positionspapier« wird das Ergebnis zusammengefaßt: »Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG, Einhaltung der von der EG-Kommission vorgegebenen Quoten, Einhaltung der festgelegten Mindest- und Orientierungspreise; die Preisregulierung ist konsequent mit dem Ziel

<sup>8</sup> FAZ vom 24. 1. 1983

<sup>9</sup> IGM, Strukturwandel in der Metallindustrie, Frankfurt 1977, Seite 12

<sup>10</sup> Position der Industriegewerkschaft Metall zur Situation der Ruhrstahl AG... ohne Datum (Ende August 1982), Seite 2

der Kostendeckung fortzusetzen. Aus beschäftigungspolitischen Gründen ist eine Stützung durch öffentliche Mittel zu erbringen (s. Regelungen in anderen EG-Staaten). Die Gewährung öffentlicher Hilfen ist an Auflagen gebunden; dabei sind die Standorte zu sichern und Arbeitsplätze maximal zu erhalten. Öffentliche Hilfen sind in Beteiligungen umzuwandeln. Sicherung der Montanmitbestimmung. Ausgleichszahlungen durch Kurzarbeitergeld. Durch Beschäftigungsprogramme nach den Vorstellungen des DGB sind der Wirtschaft Impulse zu geben.« Die beiden anderen Eckpfeiler der IGM-Politik lauten: »... Bei Kooperationen oder Fusionen bzw. Änderungen der Organisations- und/oder Produktionsstruktur ist sicherzustellen, daß vor Beschlußfassung in den Aufsichtsräten die Organisation (DGB/IGM) eingeschaltet wird«, und: »Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie wird zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen... Um zu verhindern, daß die Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie ... einen weiteren sozialen Abstieg erleiden, müssen insbesondere folgende sozial flankierende Maßnahmen verwirklicht werden: a) Herabsetzung der Altersgrenze für Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie auf 55 Jahre ohne Rentenminderung... b) Verkürzung der Arbeitszeit in jeder Form ... c) Fortführung der Sozialplanpolitik ... d) Schaffung einer unternehmensübergreifenden Einrichtung durch die Stahlunternehmen zur Gewährleistung der vereinbarten Sozialplanleistungen.«<sup>11</sup>

Damit stellt sich die IGM 1. von vornherein auf den Standpunkt der »freien Marktwirtschaft«, die Ursache der

Stahlikrise ist, geht 2. von der Notwendigkeit von Massenentlassungen aus und will 3. über die Montanmitbestimmung dabei sein, wenn 4. über eine »Abfederung« des Abbaus gesprochen wird. Der entscheidende Punkt der »neuen« IGM-Strategie wurde vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Hoesch-Siegerlandwerke gegenüber der Presse ausgeplaudert: »Alle seien sich darüber einig gewesen, daß zum Schutz der Stahlindustrie und ihrer Beschäftigten dieser Forderungskatalog schnellstens verwirklicht werden müsse, damit eine Überführung im Gemeineigentum verhindert werden kann.«<sup>12</sup>

Die Praxis der IGM-Spitze wird daran deutlich, daß ihr stellvertretender Vorsitzender Hans Mayr im Aufsichtsrat von Klöckner dem Moderatoren-Konzept bereits zugestimmt hat, während er vor Kollegen aus den Betrieben davon spricht, man müsse erst alles sorgfältig prüfen.

Hier berühren sich die Vorstellungen der Stahlkonzerne, Banken, Regierung und IGM: Alle halten am Privateigentum fest. In Gegensatz dazu steht die Forderung nach der Verstaatlichung von den Hoesch-Vertrauensleuten, die mittlerweile auch von anderen IGM-Vertrauenskörper und IGM-Vertreterversammlungen aufgegriffen wurde. In Gegensatz dazu steht auch die Zusammenarbeit der Vertrauenskörperleitungen mehrerer Stahlbetriebe. Hier liegt ein Anfang, der ausgebaut werden muß, um die IGM zum Widerstand zu zwingen.

Noch hat die Bundesregierung der IGM eine Galgenfrist gelassen, ehe es zum Schwur kommt.<sup>13</sup> Die Höchstbezugsdauer für Kurzarbeitergeld, die normalerweise zwei Jahre beträgt, wurde für die Stahlindustrie auf drei Jahre ausgedehnt. Das heißt für viele »Kurzarbeit bis zur Entlassung! — Oder Gegenwehr!

### Arbeitslosenunterstützung

Von 1,9 Millionen Arbeitslosen bekamen im Februar 1982 600 000 überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung

| 1,1 Millionen bekamen Arbeitslosengeld |             | 200 000 erhielten Arbeitslosenhilfe |  |
|----------------------------------------|-------------|-------------------------------------|--|
| Davon:                                 | im Monat DM | Davon:                              |  |
| 19,0 %                                 | bis 600     | 30,4 %                              |  |
| 18,0 %                                 | 600—800     | 44,3 %                              |  |
| 25,6 %                                 | 800—1000    | 16,8 %                              |  |
| 24,1 %                                 | 1000—1200   | 5,3 %                               |  |
| 7,5 %                                  | 1200—1400   | 1,9 %                               |  |
| 5,8 %                                  | über 1400   | 1,3 %                               |  |

<sup>11</sup> Positionspapier der IGM vom 15. 1. 1983

<sup>12</sup> Westfälische Rundschau vom 18. 1. 1983

Daran ändert auch der markige Satz am Schluß des IGM-Positionspapiers nichts: »Wenn diese Vorschläge an privatwirtschaftlichen, machtpolitischen oder sonstigen Gründen scheitern, sind die deutschen Stahlkonzerne in Gemeineigentum zu überführen.«

<sup>13</sup> Wie die Situation von der Bundesregierung eingeschätzt wird, ergibt sich indirekt aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, der von deren Vorstand am 21. 12. 1982 beraten wurde. In einer Vorlage zu 470 für 1983 gesperrten Stellen heißt es: »Der Sperrvermerk soll dahingehend lauten, daß die Stellen nur zur Bewältigung besonderen Arbeitsanfalls, der durch entsprechende Vorkommnisse auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Stahlikrise) ausgelöst wird, durch die Bundesregierung freigegeben werden können.«

Wie das aussieht, zeigt folgende Übersicht!

## Hoesch Dortmund

# Arbeitsplatzvernichtung erzwingt neue Wege des Widerstands

Rund 16 000 Beschäftigte zählt Hoesch heute noch, 11 000 Arbeitsplätze sind in der Vergangenheit vernichtet worden. Die Hoesch-Belegschaft ist wie keine andere Stahlbelegschaft in der BRD von der Arbeitsplatzvernichtung betroffen worden. Keiner anderen Belegschaft hat die Kapitalseite so viel zuge-setzt. Nur aufgrund dieses ungeheuren Existenzdruckes ist es zu verstehen, daß gerade hier die Belegschaftsvertreter gezwungen wurden, als erstes nach politischen Auswegen aus ihrer Situation zu suchen.

### Die Ruhrstahl AG ist geplätzt!

Diese Auffassung vertritt auch der 1. Bevollmächtigte der IGM-Ortsverwaltung Dortmund, Hans Möller: »Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Trotz großer Opfer, die unsere Kollegen bereits gebracht haben, ist die Ruhrstahl AG so gut wie kaputt.«

Im Februar 1982 — also vor knapp einem Jahr — hatte der Hoesch-Aufsichtsrat den Weg freigegeben für die Ruhrstahl AG mit Krupp. Aber neben allen Lippenbekenntnissen und Absichtserklärungen hat Krupp konkrete Verhandlungen mit der Thyssen-AG geführt, die besonders im Edelmetallsektor erfolgreich waren.

Thyssen seinerseits schafft sich durch Umstrukturierungen im Konzern die Voraussetzungen für einen neuen Partner. Hierbei sollen in Zukunft Stahlerzeugung, Edelstahl, Verarbeitung und Handel selbständige Werkteile bilden und die Thyssen AG als Führungsgesellschaft nur noch die Form einer Konzern-Holding übernehmen. Daß hierbei gleich noch ein Angriff gegen die Montanmitbestimmung gefahren wird, ist den meisten Kollegen noch nicht bewußt. (Sollte der Konzern noch in diesem Jahr die Umstrukturierung vollziehen, wird die Montanmitbestimmung nach dem Übergangsgesetz von 1981 — Mannesmannkonflikt — 1989 auslaufen).

Betreiber dieser Entwicklung ist einzig die Deutsche Bank, die nun auch Hoesch veranlaßte, den 26%igen Aktienanteil bei den Didier-Werken abzustößen, damit Geld für die Zinstilgungen flüssig wird. Das Didier-Aktienpaket wird auf 60 Mill. DM geschätzt. Hoesch wird weiter ausgesaugt und die Deutsche Bank verschafft sich über die neuen Besitzverhältnisse neue, profitable Anlagemöglichkeiten.

Mit dem Scheitern der Ruhrstahl AG ist auch der Bau der Durchlaufglüge in Frage gestellt, da nun auch die CDU-Bundesregierung die Bedingung der gemeinsamen Nutzung mit Krupp erneuerte. Die Folge wäre, daß wieder einmal bereits im

Haushalt vorgesehene Gelder für Hoesch nicht genutzt werden konnten. Bereits im letzten Haushalt sind 50 Mill. DM Stahlhilfen für Hoesch wieder ins Finanzministerium ungenutzt zurückgeflossen.

Die jüngste Beteuerung der SPD-Landesregierung, sie würde an der Ruhrstahl AG festhalten und sich an dieser Gesellschaft sogar mit 270 Mill. DM als Gesellschafter beteiligen, hinkt der neuen Entwicklung hinterher. Sie ist wohl mehr als eine Wahlkampfvariante der SPD gegen die Auffassungen der CDU zur Stahlpolitik zu verstehen, nutzt aber der Belegschaft nicht.

### Kurzarbeit und Arbeitsplatzvernichtung geht weiter

Mit wenigen Ausnahmen (Kaltwalzwerk/Warmbreitband) wird neben dem für 1983 geplanten Blockstillstand weiter in zahlreichen Abteilungen Kurzarbeit gefahren (22—32-Std.-Woche).

Im Hoesch-Werk Eichen (Siegerland) soll die Kapazität noch einmal um ein Drittel reduziert werden. Damit werden weitere 60 Arbeitsplätze vernichtet. Bereits in der Vergangenheit wurden Teile der Walzkapazitäten nach Dortmund abgezogen. In den letzten 1 1/2 Jahren sind dadurch bereits 112 Arbeitsplätze abgebaut worden.

In Gefahr ist auch die Warmbreitbandstraße bei Hoesch. Aufgrund der Quotenverteilung sollen bundesweit 2 Warmbreitbandstraßen stillgelegt werden. Neben Thyssen hat Hoesch hier die älteste Anlage.

### Vertrauensleute suchen nach einer politischen Lösung

Neben dem Scheitern der Ruhrstahl AG wird die Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze bei Hoesch zusätzlich durch die Arbeitslosenquote von 14,2% (31 200 Arbeitslose) in Dortmund verstärkt. Alle Lösungsmodelle der Kapitalseite sind gescheitert, haben Hoffnungen begraben. Bei fortschreitender Arbeitsplatzvernichtung werden in Zukunft auch die altbewährten, sozialen Abfederungsmaßnahmen, die bislang die Belegschaft ruhig gehalten haben, nicht mehr greifen (Mittel für Sozialpläne werden geringer, das Mittel des vorgezogenen Ruhealters ist nahezu erschöpft).

Deshalb haben Belegschaftsvertreter angefangen, sich selbst um eine Lösung zu kümmern. Ihnen ist zuallererst klar geworden, daß es eine **betriebliche Lösung** der Stahlkrise nicht mehr geben kann. Deshalb die Forderung nach einer nationalstaatlichen Lösung, deshalb die Forderung nach **Überführung der Stahlindustrie im Gemeineigentum**.

Im Dezember letzten Jahres erarbeiteten sie mit den Vertrauenskörperleitungen dazu eine Resolution. Gleichzeitig besuchten Belegschaftsvertreter andere Stahlbetriebe, um nach den Auseinandersetzungen um die Forderungen Unterstützung für die Ziele und auch gemeinsames Handeln zu erreichen.

In der Zwischenzeit wurde die Resolution auch von der IGM-Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Dortmund und der IGM-Ortsverwaltung beschlossen und unterstützt.

Für die gemeinsame Vollversammlung der Vertrauensleute aller 3 Dortmunder Hoesch-Werke am 7. Januar 1983 wurden nun auch die Vertrauenskörperleitungen von 21 Stahlbetrieben eingeladen. Allerdings kamen nur die Delegationen von Klöckner Bremen, Mannesmann-Hückingen und Thyssen-Hamborn/Beeckerwerth. Die Vertretung von Krupp-Rheinhäusen ließ sich entschuldigen. Dieses zeigt einerseits die unterschiedliche Betroffenheit, die für die Belegschaftsvertreter der anderen Werke subjektiv noch nicht zum gemeinsamen Handeln zwingt. Dieses zeigt aber auch, in welchen Betrieben heute schon Kräfte vorhanden sind, mit denen die Hoesch-Vertreter rechnen können.

Die Vollversammlung wurde dann von über 1000 Vertrauensleuten besucht. Die Resolution wurde mit dem Zusatz, daß die IG Metall eine mehrtägige Stahlkonferenz unter Einbeziehung von Delegationen aller Vertrauenskörperleitungen der Stahlindustrie noch im Februar einberufen soll, einmütig verabschiedet. In mehreren Redebeiträgen wurde noch einmal die zugespitzte Lage deutlich:

1. Bevollmächtigter der IGM-Ortsverwaltung: *»Wenn Dortmund ohne neues Stahlwerk bleibt, dann bedeutet das die Schließung der Warmbreitbandstraße und Hoesch wird zur Kaltwalz GmbH mit vielleicht noch 3000 Beschäftigten«. — »Die Stahlarbeiter sind nicht weiter belastbar. Wenn die Perspektivlosigkeit so weiter geht, dann kann es zu sozialen Explosionen kommen.«*

Phönix-Betriebsratsvorsitzender Weiermann: *»Wir sind gegen eine Wende nach rückwärts. Die Ruhrstahl AG ist nicht mangels guten Willens der Arbeitnehmer, sondern an den Managern von Thyssen und Krupp kaputtgegangen.«*

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Union Schäfer: *»Die Kapitaleigner müssen gestoppt, die Stahlstandorte überall gesichert werden. Da sind wir mit allen Kollegen bei Mannesmann, Klöckner und Thyssen solidarisch.«*

Betriebsratsvorsitzender der Westfalenhütte Schrade: *»Die Hoesch-Manager sollen sich nicht der Illusion hingeben, man habe vom Überlebenskonzept für Dortmund Abschied genommen. Es muß verwirklicht werden.«*

Mehrere Redner wiesen auch immer wieder darauf hin, daß die IG Metall in den kommenden Auseinandersetzungen nicht aus der Verantwortung entlassen werden darf. Kritisiert wurde auch, daß 2 Vertreter des Hauptvorstandes der IG Metall in Dortmund weilten, aber nicht zu der Versammlung gekommen sind. Der Belegschaftsvertreter der Klöckner-Werke aus Bremen faßte das zusammen: *»Wir als Beschäftigte in der Stahlindustrie haben nicht mehr viel Zeit, Abwehr zu organisieren. Bis jetzt treffen die Unternehmer noch nicht auf eine einheitlich handelnde Stahlarbeiterschaft. Trotz der Zuspitzung der Situation ist noch keine Konferenz aller Gremien der Stahlindustrie einberufen. Wir sollten in allen Betrieben darauf hinwirken, daß hier endlich etwas in die Wege geleitet wird.«*

Zum Abschluß der Versammlung wurden noch DM 1000,- zugunsten der Belegschaft der Firma Georg Heckel, Saarland, die noch immer ihren Betrieb besetzt halten, gesammelt.

### Der Anfang ist gemacht!

Die Forderung nach Verstaatlichung kann der Kristallisationspunkt für die Stahlbelegschaften werden. Die Forderung bleibt aber ohne entsprechende Wirkung, wenn sich in den Betrieben nicht die Kräfte vereinheitlichen und sammeln. In nächster Zeit müssen wir uns und besonders die Belegschaftsvertreter intensiver mit der neuen Perspektive auseinandersetzen und konkrete Schritte des gemeinsamen Handelns entwickeln. Denn:

Die Durchsetzung der Forderung wird uns weder vom Staat, noch von der Kapitalseite geschenkt. Sie ist ein Eingriff in die kapitalistische Verfügungsgewalt und kann nur durch **Kampf** erreicht werden. Welche einheitlich handelnde Kraft dazu notwendig sein wird, zeigen besonders deutlich die Erfahrungen des letzten Stahlarbeiterstreiks 1978/79 mit den Aussperungsfolgen. Die Kapitalseite wird keinen Schritt freiwillig zurückweichen.

Dieser nun von den Hoesch-Belegschaftsvertretern einmal eingeschlagene Weg muß verbreitert und vertieft werden. Noch befindet sich die Auseinandersetzung um die politische Perspektive auf der Ebene der betrieblichen Funktionäre.

Doch schon heute haben die Belegschaftsvertreter von Hoesch drei wichtige Voraussetzungen geschaffen:

1. Der Kontakt zu den anderen Stahlbetrieben wird gesucht, da es keine betriebliche Lösung der Stahlkrise mehr gibt.
2. Sie haben mit ihrer Forderung nach Verstaatlichung eine betriebsübergreifende Perspektive entwickelt, die die kapitalistische Konkurrenz zueinander auflösen kann.
3. Mit ihrer Forderung nach einer Stahlarbeiterkonferenz wird die IG Metall weiterhin in ihre Verantwortung als Organisation des Widerstandes gedrängt.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Stahlindustrie aus der Sicht der Belegschaften ist von Hoesch nun auch auf andere Betriebe übergegangen. So haben z. B. die Belegschaftsvertreter von Mannesmann eine ähnliche Resolution verabschiedet. Dadurch hat sich die IG Metall auch gezwungen gesehen, eine Stahlarbeiterkonferenz mit den Vertrauenskörperleitungen der Stahlbetriebe am 24. 2. nach Dortmund einzuberufen. (abgeschlossen: Januar 1983) ■

# Dammbruch bei ARBED-Saarstahl

Ausgangspunkt bildeten die reichen Kohlevorkommen an der Saar und das lothringische Minette-Erz. Mit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 und der danach einsetzenden treibhausmäßigen Entwicklung nahm die Eisen- und Stahlindustrie an den fünf Standorten Burbach, Dillingen, Halberg, Neunkirchen und Völklingen ihren Aufschwung. Unbestrittener König des Saarlandes war damals der Montanindustrielle von Stumm, dem die Familie Röchling (Kohlehandel und Bankgeschäft) seit den 80er Jahren Konkurrenz machte.

Noch heute bildet die Stahlindustrie mit ihren 2400 Beschäftigten nach dem Bergbau den zweitgrößten Industriezweig. Produziert wird nur noch an vier Standorten, Halberg ist weggefallen. Der Standort im Binnenland warf schon früh Transportprobleme auf, verstärkt durch die französische Verwaltung nach 1945. Erst seit der schrittweisen Eingliederung des Saarlandes in die BRD ab 1956 schaffte die dortige Industrie den Anschluß an das »Wirtschaftswunder«. Die Rückgliederung der Saar wurde Ende 1958 mit der Rückgabe der Völklinger Hütte an die Familie Röchling abgeschlossen.

Zur Verbreiterung der Kapitalbasis fusionierten die Röchling'schen Stahlwerke 1971 mit der Burbacher Hütte des luxemburgischen ARBED-Konzerns<sup>1</sup>, so daß noch drei Konzerne verblieben: die Röchling-Burbach GmbH (jeweils 50 % Familie Röchling und ARBED), die Dillinger Hütte (die Wendel-Gruppe, Frankreich) und das Neunkirchner Eisenwerk, in dem nach dem Niedergang der Gründerfamilie die Otto-Wolf-Gruppe und die Ölhandelsgesellschaft Mabanaf das Sagen hatten.

Die Überproduktionskrise von 1975 legte die Schwächen der Saarbetriebe bloß. Die Produktionseinheiten an den vier Standorten waren jeweils recht klein, was bei Nichtauslastung eine höhere Gewinnschwelle als z. B. bei der Konkurrenz an der Ruhr zur Folge hatte. Den Eigentümer-Gruppen fehlte die Finanzbasis, um integrierte moderne Stahlwerke zu bauen. Die zersplitterten Eigentumsverhältnisse ließen eine Konzentration beispielsweise der Roheisenerzeugung oder der Kokerei an einem Standort nicht zu. Konsequenz war zunächst der Ausstieg der Familie Röchling 1975, dann der Otto-Wolf-Gruppe und der Mabanaf. Die Anteile wurden von der ARBED übernommen, die mit der Bildung der Saarstahl AG 1982 die Zusammenfassung abgeschlossen hat. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Dillinger Hütte (25 % ARBED, über 50 % weiter de Wendel) sollte ein neuer leistungsfähiger Großkonzern entstehen.

## Die Verschärfung der Stahlkrise holt ARBED ein

*»Damals hatte es den Anschein, als wenn alle Fliegen auf einen Streich geschlagen werden könnten. ARBED war bereit, bei öffentlicher Unterstützung für das in Völklingen entworfene Umstrukturierungskonzept nicht nur Röchling-Burbach voll, sondern auch das Neunkirchner Eisenwerk zu übernehmen. Der Luxemburger Konzern betrachtete es als eine Chance, bei einer Verbreiterung seiner Produktionsbasis das Gesamtunternehmen zu optimieren und zu rationalisieren. Unter Einbeziehung der saarländischen Anlagen war die ARBED-Gruppe nach Thyssen der zweitgrößte Stahlhersteller auf dem europäischen Kontinent (...). Das Umstrukturierungsprogramm ist zum Teil verwirklicht; sein wichtigster Bestandteil, das zuerst zögernd, dann aber im Dezember 1977 einstimmig beschlossene neue Blasstahlwerk in Völklingen ist in Betrieb. Erste Aufträge für die gemeinsame Roheisen- und*

*Kokserzeugung, von der auch die Dillinger Hütte profitieren soll, sind vergeben. Die Belegschaft soll bis zum Jahresende 1982 auf rund 18500 Mann, bis 1985 auf rund 15000 Mitarbeiter verkleinert sein, ob dies der letzte Personalstand sein wird, bleibt abzuwarten. Denn die verheerende Absatz- und Preisentwicklung am europäischen Stahlmarkt hat das Umstrukturierungsprogramm inzwischen eingeholt», schrieb die FAZ am 10.12.1982.*

Das Völklinger Stahlwerk allein hat eine Kapazität von monatlich rund 24.000 Tonnen, ARBED hat eine Minderheitskalkulationsbasis von 223.000 Tonnen, tatsächlich wurden aber nur 150.000 Tonnen im Monat erschmolzen, seit Oktober 1982 nur noch 130.000 Tonnen monatlich. Der neueste technische Stand ist kein Schutz vor der Pleite. Die Walzstraßen und die Schmiede in Völklingen sind ebenfalls modern, ebenso das Stahlwerk Burbach (erst in den 70er Jahren errichtet), die Burbacher Drahtstraße mit einer Austrittsgeschwindigkeit von 80 Metern je Sekunde ist heute noch eine der größten der Welt, von drei Stranggußanlage in Völklingen ist nur eine in Betrieb.

## Finanzierung aus Steuergeldern

Mit der Übernahme der restlichen Anteile der Altgesellschaften 1978 erhielt die ARBED einen Kredit von der Bundesregierung und vom Saarland in Höhe von 900 Millionen DM. Dafür mußte sie sämtliche Beteiligungsgesellschaften in der BRD verpfänden. Im Oktober 1982 lagen die öffentlichen Kredite bei 1,2 Millionen DM, dazu kam noch 1 Milliarde DM an Beihilfen und Zuschüssen.

In der Bundestagsdebatte am 29.10.1982 wies Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff darauf hin, »daß die in diesen Finanzhilfen enthaltenen Bürgschaften wie Zuschüsse betrachtet werden müßten. Denn die Bürgschaften seien praktisch verloren.« Deutlicher: die Bundesregierung verzichtet darauf, die verpfändeten Beteiligungsgesellschaften (z. B. den florierenden Eschweiler Bergwerksverein) zu übernehmen. Daß dies möglich ist, wird auch von der »FAZ« nicht bestritten: »Nach Expertenauskunft könnte die öffentliche Hand, wenn sie als Bürge in Anspruch genommen wird, diesen Besitz an sich ziehen und auch veräußern.« (10.12.1982).

Insgesamt steht die ARBED bei den Banken mit rund 3 Milliarden DM in der Kreide, von denen diese sich 1,6 Milliarden durch die Statsbürgschaften zusätzlich haben absichern lassen. Die Restkredite sind durch die Werksanlagen, Grundstücke usw. abgesichert.

## Immer neue Löcher...

Die Neuorganisation des Konzerns schien bis Mitte letzten Jahres Fortschritte zu machen. Die Bilanz 1981 war durch Auflösung »stiller Reserven« (unterbewerteter Grundstücke) ausgeglichen worden. Die Modernisierung ging zügig voran und erforderte für 1982 Investitionsausgaben von 300 Millionen DM, für 1983 immerhin noch von 100 Millionen DM. Mit dem Zusammenbruch des Stahlmarktes ab Mitte letzten Jahres brach auch das Kartenhaus der ARBED-Sanierung in sich zusammen.

Für 1982 mußten Bund und Saarland noch einmal 230 Millionen DM Zuschuß geben, um die Pleite abzuwenden. Die Bilanz 1982 kann nur durch weitere Auflösung »stiller Reserven« in Höhe von 338 Millionen DM ausgeglichen werden. Für 1983 steht bereits ein Zuschußbedarf von mindestens 310 Millionen DM fest, den wieder Bund und Saarland aufbringen. Dieser Betrag wird allein durch die jährlichen Zinszahlungen an Banken in Höhe von etwa 300 Millionen DM aufgeessen.

## ... und die Banken werden fatter

Bei der ARBED haben 16 Banken Kredite gegeben, die größten Beträge von Deutscher Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, BFG und der Landesbank in Saarbrücken. Als der Stahlkonzern im Herbst ins Trudeln kam, bildeten alle Banken einen Pool zur Koordinierung ihres Vorgehens. Da die

<sup>1</sup> ARBED ist die Abkürzung von »Acieries réunies de Burbach-Eich-Dudelingen S.A.«. Der Name stammt aus dem Zusammenschluß von drei luxemburgischen Stahlunternehmen 1911 zur Vereinigten Stahlwerke AG, in deren Namen die Hauptwerke genannt werden. Hauptaktionäre sind die »Belgische Staatsbank« und der französische Konzern »Schneider S. A.«. Der Sitz der Gesellschaft in Luxemburg ist nicht nur durch die Historie bestimmt, sondern handfest in der Steuerbefreiung der ARBED-Hauptverwaltung bis Mitte der 70er Jahre begründet. Über die ARBED Finanz Deutschland, eine Holding, werden die Interessen in der BRD verwaltet. Durch diese Rechtsform hat das BRD-Finanzkapital keinen Zugriff auf dem Gesamt-Konzern.

Bundesregierung einen »Sanierungsbeitrag« von allen Beteiligten gefordert hatte, machten sie auch das wahr: die Zinsen für 1983, 1984 und 1985 werden um jeweils 12 Millionen DM reduziert. Das ganze ist Augenwischerei für die Bevölkerung, der man auch noch weismacht, die Aufstockung der Bankkredite um 23 Millionen DM, für die es natürlich staatlich abgesicherte Zinsen gibt, seien für diese ein »Opfer«. Die Welt steht auf dem Kopf, normale Bankgeschäfte werden den Stahlkollegen als ihr Gegenteil verkauft.

### Das Saarland an den Grenzen der Möglichkeiten

Kein Bundesland ist so sehr von wenigen Betrieben abhängig wie das Saarland. Neben dem Bergbau und der ARBED gibt es nur einen großen Konzern, Ford in Saarlouis (8000 Beschäftigte). Eine Pleite der ARBED würde das Saarland in den Bankrott treiben. Es könnte die fällig werden den Bürgschaften gegenüber den Banken nicht noch zusätzlich zu der dann sprunghaft steigenden Arbeitslosigkeit verkraften. Der Haushalt von 4 Milliarden DM 1982 ist zu 25 Prozent durch Kredite finanziert worden, in diesem Jahr ist es nicht anders. Der Schuldenstand ist von 1,3 Milliarden DM 1974 auf 3,9 Milliarden DM 1981 angestiegen, die 4-Milliarden-Grenze wird in diesem Jahr überschritten — also mehr Schulden als der gesamte Jahreshaushalt ausmacht.

Einzelne Städte wie Völklingen sind wegen des stark gesunkenen Steueraufkommens schon jetzt am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Es gibt 14,5 Prozent Arbeitslose, die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst. »Im Haushalt 1983 klafft eine Lücke von 60 Millionen DM (bei einem gesamten Haushaltsvolumen von 92 Millionen). Aus eigener Kraft schaffen wir es nicht, aus dem Dilemma herauszukommen. Jede dritte Familie lebt hier von der ARBED«, meinte Oberbürgermeister Durand (KStA 9.12.1982). Mittlerweile wird offen darüber gesprochen, daß nur ein Zusammenschluß des Saarlandes mit dem ebenfalls CDU-regierten — aber finanziell starken — Baden-Württemberg die Rettung bringen kann.

### Aus Arbeiterbürgern werden wieder Proletarier

Der Belegschaftsabbau bei Bergbau und Stahl ist in den letzten Jahren massiv vorangeschritten, ohne daß noch Ausweichmöglichkeiten bestünden.

| Jahr | Bergbau | Stahl  | gesamt |
|------|---------|--------|--------|
| 1950 | 66 273  | 28 275 | 94 548 |
| 1960 | 55 752  | 42 076 | 97 828 |
| 1965 | 39 605  | 42 978 | 82 583 |
| 1970 | 26 931  | 39 435 | 66 366 |
| 1975 | 22 360  | 37 735 | 60 095 |
| 1980 | 23 891  | 30 818 | 54 709 |
| 1981 | 25 513  | 30 203 | 55 716 |

1982 ist die Zahl der Stahlkollegen auf unter 24 000 (ARBED 18 800) abgesackt. »Der 1978 angelaufene Restrukturierungsplan sah bisher schon, über eine längere Zeit verteilt, das Ausscheiden von rund 9000 Beschäftigten vor allem auf dem Wege der Frührentierung vor; dafür sind Sozialpläne im Umfang von insgesamt 400 bis 500 Millionen DM aufgestellt worden. Der zusätzliche Personalabbau, über den die Unternehmensleitung jetzt mit Betriebsrat und IG Metall verhandelt, sieht keine so großzügigen Absicherungen vor; erstmals werden regelrechte Entlassungen auch jüngerer Arbeitskräfte erfolgen, denen eine Abfindung je nach Beschäftigungsdauer angeboten wird.« (FAZ 1. 10. 82). Ein paar Wochen später war schon klar, daß auch bei den Abfindungen gekürzt wird.

»Der Vorsitzende der Geschäftsleitung machte deutlich, daß nach der Bereinigung aller Kostenblöcke nur noch der Personalkostenblock zur Schließung der Kosten/Erlösschere herangezogen werden könne«, hieß es am 22.10.1982 im Handelsblatt. Wie schon die SPD/FDP-Koalition machte die neue Bundesregierung weitere Zuschüsse vom drastischen Belegschaftsabbau abhängig. Bis 1985 werden noch mal 3500 Arbeitsplätze wegfallen.

Für jeweils 5500 Stahlarbeiter gibt es revolvierende Kurzarbeit, ohne den bisher gezahlten Härteausgleich, also 68 Prozent vom monatlichen Nettolohn. Das sind nach Angaben des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Siegfried Dörr etwa 150

Mark weniger als bisher. Die Streichung des Härteausgleichs erfolgt ohne Verhandlungen mit dem Betriebsrat, weil es darüber keine Betriebsvereinbarung gab. Die Kurzarbeit ist auf Jahre eingeplant und soll reihum fast alle Beschäftigten treffen.

Die 4500 Kollegen, die Konti-Schicht machen, erhalten künftig keine Zuschläge mehr, bei einem Monatseinkommen von 2000 Mark sind das 350—400 DM weniger. Der alte Sozialplan, ab 1978 gültig, sah für ausscheidende Beschäftigte 90 Prozent des Nettoeinkommens bis zur Rente und Abfindungen vor. Hier wird drastisch gekürzt, Abfindungen gibt es nicht mehr.

### Von der IGM wird Zustimmung zur Weihnachtsgeldkürzung erzwungen

Graf Lambsdorff verlangte von der Belegschaft und der IGM weitere »Zugeständnisse«, auch sie solle ihren »Beitrag« zur Sanierung leisten. Obwohl Betriebsräte anführten, daß die Belegschaft sowieso schon genug Opfer gebracht hätte, daß sogar aus einer selbstverwalteten Pensionskasse dem Konzern 70 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden, wurde der Druck aus Bonn massiver. Am 6. 11. 1982 forderten Lambsdorff und Finanzminister Stoltenberg die IG Metall-Vorstandsmitglieder Judith und Preiss ultimativ auf, auf die Hälfte des 13. Monatsgehalts zu verzichten, und zwar zunächst 1982 und 1983. Daß es hier um anderes als um die tatsächliche Konzernsanierung ging, war schon daran ersichtlich, daß damit nur 26 Millionen DM an Lohnkosten gespart würden. Offen wurde der Abschluß eines Hausrarifvertrages zwischen ARBED und der IGM gefordert, was den Austritt des Konzerns aus dem Arbeitgeberverband bedeutet hätte.

In der Öffentlichkeit gab sich die IGM-Führung zunächst kämpferisch und erhielt sogar unerwartete Schützenhilfe vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, Zimmermann. Dieser erklärte, eine Differenzierung der Lohnpolitik innerhalb einer Branche sei grundsätzlich nicht geeignet, regionale Probleme zu beseitigen. Würde ein Unternehmen aus dem Tarifverband ausscheren, ginge das Prinzip des gleichen Anschlusses für alle zu Bruch.

Sowohl in der Belegschaft, als auch bei Betriebsräten und dem IGM-Vorstand gab es keine Einheitlichkeit über das weitere Vorgehen. Ein Teil war aus Angst um die Arbeitsplätze zum Nachgeben bereit, andere suchten nach Möglichkeiten diesen Einbruch in die Tarifpolitik abzublocken. Die schließlich erzwungene Regelung: Dem Arbeitgeberverband wurde signalisiert, daß er den Tarifvertrag über die Sonderzahlungen kündigen solle. Danach könne man sich sofort zusammensetzen und eine andere Regelung vereinbaren. Die fristlose Kündigung erfolgte umgehend und die neue Vereinbarung lautet: Die Hälfte des Weihnachtsgeldes 1983 und 84 wird einbehalten und verbleibt als zinsloses Darlehen im Unternehmen. Wieder ein »verlorener Zuschuß« mehr.

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

## Das rote Gewerkschaftsbuch

»Für Gewerkschaftsmitglieder, die spüren, daß die Organisation nicht nur Versicherung für Notfälle, sondern mehr sein muß, kann das »Rote Gewerkschaftsbuch« eine Orientierungshilfe auch für heute noch auftretende Fragen sein.« (Aus dem »Vorwort zur Neuherausgabe«)

Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.

GESELLSCHAFT  
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER  
ARBEITERBEWEGUNG e.V.  
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

## Die Folgen

Am Tag nach der Vereinbarung schrieb der »Kölner Stadt-Anzeiger: »Lambsdorff und Stoltenberg haben ihr Blatt voll ausgereizt. Sie haben die IG Metall zu einem Rückzug gezwungen, wie er deutlicher nicht hätte ausfallen können. Beide Seiten mögen nun sagen, sie hätten lediglich Rücksicht genommen auf ganz besondere örtliche Verhältnisse. Örtliche Besonderheiten gibt es aber in der einen oder anderen Form überall. Die Saarentscheidung könnte daher sehr wohl dazu führen, daß in Zukunft die individuelle Lage eines Unternehmens, einer Region, einer Branche in Tarifverhandlungen eine größere Rolle spielen wird als bisher. Die differenzierte Lohnpolitik, die dabei herauskäme, hätte sicher ihre Vorteile, sie wäre aber auch nicht problemlos. Zumindest müßte sie, das läßt sich wohl schon sagen, flankiert werden durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.« (9. 12. 82). An dieser Einschätzung wird auch deutlich, warum der Arbeitgeberverband der IGM zunächst Schützenhilfe gab, er wollte den Fall ARBED als Hebel für die gesamte Lohnpolitik haben und nicht durch einen Haustarif die eigene Kraft schwächen. Beteiligung am Produktivvermögen dient zur Verschleierung des Lohnabbaus, mehr nicht.

Die IGM ist gezwungen worden, in einer Schlüsselbranche dem Lohnabbau zuzustimmen. Diesem Durchbruch der Regierung und der Unternehmer werden weitere Vorstöße folgen. Wer Lohnkürzungen bei der notleidenden ARBED zustimmt, muß auch seinen »Beitrag« für die notleidende Stahlindustrie leisten usw. Damit ist eine grundlegende Änderung der Tarifpolitik eingeleitet worden, die Schritt für Schritt den Druck auf die Arbeiter und Angestellten verschärft. Ein Vergleich ist nur mit einem ähnlichen Durchbruch der Stahlbarone 1930 möglich.

## Resignation in Völklingen

1977 war die Vernichtung von Arbeitsplätzen noch verhältnismäßig »unblutig« (durch Einstellungsstopp, natürlichen Abgang, innerbetriebliche Umsetzung) durchgeführt worden. Die Kurzarbeit wurde Dauerzustand. Gerade die häufigen innerbetrieblichen Versetzungen führten oft zu einer Verschlechterung der Arbeits- und/oder Einkommensbedingungen. Auch wurden die betrieblichen Sozialleistungen abgebaut.

Als der Geschäftsführer von Röchling Völklingen und Burbach am 3.3.77 die Stilllegung von 14 Werkshallen ankündigte, lehnten die BR's diese Maßnahmen zunächst ab (weil weder die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat noch der BR informiert waren), das Schwergewicht wird jedoch nicht auf eine prinzipielle Abwehr der Sanierungskonzeption der Konzerne, sondern auf den Abschluß möglichst günstiger Sozialpläne gelegt. Eine Mobilisierung der Belegschaften findet nicht statt. Im Vordergrund stand immer die Frage nach ausreichenden Sozialmitteln und Art und Ablauf der geplanten Stilllegungsmaßnahmen. Als Beispiel sei hier eine Presseinformation der IGM-Verwaltung Neunkirchen zitiert zu den angekündigten Massenentlassungen: »... daß die wirtschaftlichen Gründe, mit denen die Massenentlassungen begründet werden, der IGM bekannt sind und von ihr auch nicht bestritten werden können ... Unsere gemeinsamen Aktivitäten laufen darauf hinaus, zu einer Situation angemessener Sozialplanregelung zu kommen, die weitgehend soziale Härten vermeiden kann.«

Die Teilnahme von zehntausenden Stahlarbeitern an den zahlreichen im letzten Jahr von der IG Metall in den verschiedenen saarländischen Städten organisierten Demonstrationen und Kundgebungen machten jedoch deutlich, daß große Teile der Belegschaften schon bereit waren, sich für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einzusetzen und der IGM bei einem offensiven Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze auch gefolgt wären.

Insgesamt erschien der IGM die ökonomische Lage der saarländischen Stahlindustrie zu desolat, um von den

Konzernen den Verzicht auf die Massenentlassungen zu fordern. Es wurden zusehends nicht nur die Belegschaften gespalten (indem man z. B. immer versicherte, die Stammebelegschaft würde nicht entlassen), es waren auch die Betriebsräte der Hütten noch nicht einmal zum Informationsaustausch, geschweige denn zur Zusammenarbeit, bereit. »Konkurrenzdenken, Profitdenken, Machtpositionen zuungunsten der anderen zu verändern — dieses Denken hat auch vor den Betriebsräten nicht Halt gemacht« (Zitat aus Judith/Peters, Krise der Stahlindustrie — Das Beispiel Saarland).

Dieser Standpunkt der Betriebsräte und auch der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten (die ihre Möglichkeiten der Information und Aufklärung der Arbeiter nicht nutzten) deckt sich mit der Haltung der Gewerkschaft insgesamt. Diese konnte keine eigene Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze entwickeln, denn ihr Denken geht ja davon aus, daß es den Arbeitern nur gut geht, wenn es den Kapitalisten gut geht, es ist in dem »Gesamtwohl« und der Gesamtverantwortung der Gewerkschaften für diesen kapitalistischen Staat verwurzelt. Geht es also den Unternehmen schlecht, und das ist an der Saar offensichtlich, so bleibt nur die Anpassung der Arbeiter an die Situation, die Zustimmung zur massenhaften Arbeitsplatzvernichtung und der möglichst gute Sozialplan zur Beruhigung der Betroffenen.

Die Zeit der relativ guten Sozialpläne ist aber endgültig vorbei. Noch bis Ende 1982 konnten nach dem Sozialplan Kollegen, die das 55. Lebensjahr erreicht hatten, mit insgesamt 90% ihres vorherigen Nettolohns in Rente gehen. Der neue Sozialplan sieht nur noch höchstens 70% vor. Auch die Staatskassen sind leer, und die Kollegen, die schon erhebliche finanzielle Einbußen hatten, haben resigniert und spüren immer deutlicher, daß die Vorstellungen der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte nicht in Erfüllung gehen, daß mit Hilfe von Sozialplänen und Abfindungen sich ihre Probleme lösen lassen. Wer früher 2000 Mark netto hatte, geht heute (ohne den Härteausgleich zum Kurzarbeitergeld) mit 500 bis 600 Mark weniger nach Hause. Eine neue Fahrgeldregelung wurde vom BR gebilligt, bei der ARBED viel Geld spart. Außerdem haben die Stahlarbeiter bzw. der BR das gesamte Vermögen aus der betrieblichen Pensionskasse (70 Mio) ARBED zur Verfügung gestellt. In dieser Situation kam nun die »Wende« zur CDU-Regierung, die es sich nicht nehmen ließ, der Gewerkschaft zusätzlich die Pistole auf die Brust zu drücken: entweder ihr verzichtet in zwei Jahren jeweils auf die Hälfte der tariflichen Jahresleistung oder wir zahlen nicht und ihr steht alle auf der Straße. Was blieb der Gewerkschaftsführung da übrig?

Obwohl das Verlangen der Kohl-Blüm-Regierung nach den bereits gebrachten Opfern als ungeheuerlich empfunden werden mußte, waren die Kollegen nicht in der Lage, den Kampf dagegen aufzunehmen. Selbst wenn die Gewerkschaft jetzt den Kampf hätte aufnehmen wollen, wäre es fraglich gewesen, ob die Kollegen ihr gefolgt wären, so tief war die Resignation. Diese Situation nutze der christlichen Metallarbeiterverband zusätzlich, um Verwirrung zu stiften, indem er von Gewerkschaft und Betriebsrat lautstark die Zustimmung zu der Forderung der Regierung verlangte.

Von Kapitalisten und CDU-Regierung wird dies sicher als Beispiel dafür verstanden, wie man zukünftig mit Tarifvereinbarungen umzuspringen gedenkt. Durch den Verzicht der Kollegen in Völklingen/Burbach ist selbstverständlich der Arbeitsplatz keinen Deut sicherer. Eine Sanierung der Arbed-Saarstahl, sollte sie gelingen, wird mit Sicherheit noch tausende Arbeitsplätze kosten, und die BR's werden versuchen, die Folgen zu mildern. So kam z. B. aus Völklingen vom BR der Vorschlag, daß die Kollegen, die nicht kurzarbeiten müssen, den Lohn für vier Arbeitsstunden in der Woche in einen Fond geben; dies soll dann an die Kurzarbeiter verteilt werden, die ja keinen Härteausgleich mehr bekommen. Kollegen in »Frührente« wurden aufgefordert, 100 Mark monatlich von ihrer Rente den Kurzarbeitern zu geben.

Doch trotz der Entlassungen, Kurzarbeit, den staatlichen Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften droht Arbed-Saarstahl heute mit dem Konkurs, was die Arbeitslosenquote mit Sicherheit auf über 20% (heute über 10%) hinaufschleunigen lassen würde und »die Verödung einer ganzen Region« (so Manfred Wagner vom DGB) bedeuten würde.

# Betriebsbesetzung bei HECKEL, Saarbrücken



## Geschichte des Kampfes bei Heckel

Die Firma Georg Heckel ist genau 198 Jahre alt. Bis 1965 war sie ein Familienbetrieb. Der Inhaber, einer aus dem Heckel-Clan, war kurz nach dem 2. Weltkrieg Bürgermeister in Saarbrücken. Mitte der 60er Jahre wurde das Werk von den Neunkirchner Eisenwerken (damaliger Eigentümer vor allem der Wolf-Konzern) gekauft. 1976 wurde es dann von Röchling Burbach aufgekauft. Die Familie Röchling stieg zu dieser Zeit aus dem Stahlgeschäft an der Saar aus, und ARBED übernahm voll das Ruder in Völklingen/Burbach. Damals kämpften die Heckel-Kollegen darum, daß ihr Werk von der ARBED mit übernommen wird, weil sie sahen, daß es nur eine Überlebenschance für die Fabrik und ihre Arbeitsplätze in einem großen Konzern gab.

Schon bei Übernahme durch die ARBED waren die Produktionsanlagen stark veraltet, wurde nichts mehr investiert. Seit 1970 gab es überhaupt keinen Investitionsplan mehr. 1978 wurde die Maschendrahtflechterei geschlossen, 1979 die Seilerei, was jedesmal über hundert Arbeitsplätze kostete. 1957 als das Werk von einem Randbezirk in Saarbrücken-Ost nach Saarbrücken-Burbach umzog, waren dort noch etwa 1000 Arbeiter beschäftigt, heute geht es um 220 Arbeitsplätze.

Zu der Tatsache, daß der Betrieb total veraltet ist und daher nicht mehr konkurrenzfähig, kommt noch, daß die zentrale Auftragsvergabe von ARBED alles tut, damit der Betrieb tiefrote Zahlen schreibt. So werden z. B. nur noch Kleinaufträge zwischen 0,6 und 1,8 Tonnen Draht an Heckel vergeben (früher Aufträge von 20 bis 50 Tonnen), was dazu führt, daß die Umrüstzeiten an den Maschinen länger sind als die Produktionszeiten.

Die Geschäftsleitung von Heckel sitzt heute in Köln, es ist die Techno-Arbed. Auch dort wurden schon seit Jahren Arbeitsplätze abgebaut. Beide Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt. So glaubt man in Köln, daß ihre Arbeitsplätze sicherer werden, wenn Heckel schließt, folglich gibt es keine Solidarität mit Heckel-Kollegen. Als der Heckel-Betriebsrat beim BR in Köln vorsprach, blitzte er ab. Auch die IGM-Ortsverwaltung hat keinerlei Interesse daran, den Heckel-Kampf zum Thema zu machen. Die Arbeiter bei Heckel

kämpfen schon seit über einem Jahrzehnt um ihre Arbeitsplätze, denn ihnen blieb ja nicht verborgen, daß nichts mehr investiert, sondern nur noch rausgezogen wurde aus ihrem Betrieb. Aber auch in der Zeit, als noch etwas investiert wurde, war Heckel als ein Betrieb mit schlechten Arbeitsbedingungen und hohem Akkord bekannt, und die Belegschaft mußte mehr kämpfen als die Arbeiter in den Hütten, die damals noch an ihre gesicherten Arbeitsplätze glaubten. Die überwiegende Mehrzahl der heutigen Heckel-Arbeiter ist schon zehn Jahre und mehr im Betrieb. Zentrale Figur des Kampfes bei Heckel ist der BR-Vorsitzende Gard, der im Kampf auch vorangeht und dem es gelang, in den vielen Jahren des Kampfes um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Heckel die Belegschaft zusammenzuhalten.

Der jetzige Kampf ist nur im Licht der wirtschaftlichen Lage allgemein, speziell aber an der Saar und bei der ARBED zu verstehen. Es gibt keine Arbeitsplätze mehr, wohin man ausweichen könnte. Seit Jahren schon verdienen die Kollegen immer weniger, gibt es keine Überstunden mehr, der ganze Ortsteil Burbach droht zu sterben. Sehr viele Kollegen sind so um die vierzig Jahre alt oder noch älter; sie haben keine Chancen, nach einem Sozialplan durch Frühberentung abgefunden zu werden; sie bekommen keinen Job mehr. Deshalb kämpfen sie und halten sie zusammen, leben sie jetzt schon über zehn Wochen im Werk. Da sie bis jetzt trotz ihres Kampfes noch nichts erreicht haben, im Gegenteil in der Zeit ihrer Besetzung — im Zusammenhang mit den Vorgängen an der Völklinger Hütte um das abgepreßte Weihnachtsgeld der Arbeiter — das endgültige Aus für Heckel beschlossen wurde, ist das ein zermürbender Kampf.

Die IGM in Saarbrücken unterstützt sie praktisch, sie können z. B. dort ihre Flugblätter herstellen, aber auch dort ist man ratlos. Insgesamt kommt keine Unterstützung von der Gewerkschaft. So gab es bisher keinen ausführlichen Bericht in der Metall-Zeitung; ihr Beispiel soll nicht Schule machen. Unterstützung kommt von der Saar-SPD. Die Arbeiter haben noch keine Erfahrung mit der SPD in der Regierung, deshalb kann Lafontaine sich noch nach »links« profilieren. Viele Heckel-Arbeiter sind sicher Mitglieder der SPD, sie ist verankert. Mitglieder der SPD Landtagsfraktion sind regelmäßige Gesprächspartner im BR-Büro. Von ihnen ist zu hören, daß die Lasten wieder gerechter verteilt werden, wenn sie erst wieder im Bund und endlich mal im Land regieren dürfen. Wie ernst es der SPD mit ihrer Unterstützung ist, kann man auch daran

FOTO:  
DRAKOWITZ

ablesen, wie stark die Unterstützung von den Hütten- und Gruben-Betriebsräten ist, vorwiegend ja auch SPD-Mitglieder. Auch dort läßt man die Heckel-Arbeiter abblitzen. Solidarität findet nicht statt. Man hat den Eindruck, daß die Stahlarbeiter an der Saar und die Bergleute der Gruben mit den von ihnen gewählten Betriebsräten, die ja nun schon seit Jahren die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung erleiden, etwas verwundert auf die 220 Heckel-Arbeiter schauen, die so zäh an ihren Arbeitsplätzen hängen und sich nicht abfinden wollen. ■

## Keiner schiebt uns weg...

Seit dem 4. November 1982 verlassen die 220 Kollegen der Drahtseilfabrik Georg Heckel in Saarbrücken-Burbach, die zum ARBED-Konzern gehört, ihre Arbeitsplätze nicht mehr. Sie arbeiten weiter (in drei Schichten), leben im Betrieb, schlafen unter Werkbänken, in Waschkäufen und in ausgedienten Büros. Alle machen mit, auch die Angestellten. Kontakte mit der Familie finden in einem Zelt statt, das neben dem Betriebsgelände aufgestellt wurde, dort versammeln sich auch abends alle Kollegen mit dem Betriebsrat, um über die Lage zu beraten. Es ist nicht romantisch, wenn die Arbeiter in diesen zugigen, verdreckten Werkshallen hausen, wo veraltete Maschinen stehen und wo schon seit Jahren gezielt nichts mehr investiert wird.

»Der Zusammenhalt ist einmalig«, sagt Günter Gard, der BR-Vorsitzende. Und er meint damit nicht nur den Zusammenhalt unter den Kollegen, die durch ihren schweren Kampf mit wirklich großen persönlichen Opfern sich so viel nähergekommen sind, er meint damit auch die Frauen der Heckel-Männer, die sich auch zusammengeschlossen haben und aktiv den Kampf ihrer Männer unterstützen. Nicht nur, in dem sie in jeder freien Minute zum Werk kommen, die Männer mit Kleidung versorgen, in der Kantine für sie kochen und ihnen Mut machen, sondern auch deshalb, weil sie eigene selbständige Schritte unternehmen, um den Kampf ihrer Männer vor die Fabriktore in Burbach, Neunkirchen oder Völklingen zu tragen. Weil sie sehen, daß mit der Schließung von Heckel nicht nur ihre Arbeitsplätze wegfallen, sondern das ganze Arbeiterviertel Burbach langsam austrocknen soll, (noch drei weitere Fabriken sind von Schließung und Teil-

schließung bedroht), haben sie sich jetzt in einer Initiative »Burbach soll leben« zusammengeschlossen. In enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat pflegen sie auch die Kontakte zu anderen Betrieben und zur Presse, machen sie sich auf den Weg zur Landesregierung, und sie lernen, diesen Herren gezielte Fragen zu stellen, sich nicht abspesen zu lassen. Wo es von dort doch bisher immer geheißen hat, daß es ohne Ersatzarbeitsplätze keine Zustimmung zur Schließung gebe. Und jetzt ist das Thema Heckel vom Tisch für die Herren, am 31. März soll Feierabend sein.

Die Forderung der Heckel-Arbeiter ist klar: Sie wollen für alle Kollegen Ersatzarbeitsplätze in Burbach. Angesichts der Tatsache, daß in ihrer Fabrik seit Jahren nichts mehr investiert wurde, die Anlagen verkommen sind, geht es ihnen nicht mehr um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bei Heckel. Sie wollen sich aber auch nicht auseinanderreißen lassen. Sie wissen, wenn sie einmal zerstreut sind, kräht kein Hahn mehr nach ihnen, sie stehen mit dem Rücken zur Wand und kämpfen. Allein ihr Mut und die Solidarität von anderen Betrieben kann ihnen helfen. Und vielleicht die Tatsache, daß die Konzernleitung von ARBED, für die die Arbeitsplätze nur ein Kostenfaktor ist, und die Bundes- und Landesregierung in der Wahlzeit nicht immer wieder mit ihren Lügen und Versprechungen konfrontiert werden wollen und Zugeständnisse machen.

Am 16. Juli 1982 noch beschloß der Aufsichtsrat von ARBED: »Sollte es zu einer Drahtkonzentration außerhalb des Saarlandes kommen, wird die ARBED die wegfallenden Arbeitsplätze durch Ersatzaktivitäten mit Schwerpunkt Burbach kompensieren«. Diese Zusage veranlaßte den BR damals, seinen mehrwöchigen Hungerstreik, den er mit einigen Kollegen stellvertretend für die Belegschaft vor dem Werk durchgeführt hatte, abubrechen. Aber wieder einmal wurden die Heckel-Arbeiter hinter das Licht geführt, denn das Werk soll jetzt zum 31. März geschlossen werden, und ganze 56 Ersatzarbeitsplätze sind angeboten und auch die schon in Betrieben, wo kurzgearbeitet wird und die Kollegen um ihren Arbeitsplatz bangen.

»Keiner schiebt uns weg!« so heißt das Motto der Heckel-Hymne, die in diesem Kampf entstanden ist. Und nach der Melodie »Alle Jahre wieder« singen sie in einem Lied:

*Stahlarbeiter alle, werdet endlich wach,  
hört auf, euch zu dücken, gebt nicht immer nach,  
Reicht euch all die Hände, auf zum Arbeitskampf,  
macht dem Spuk ein Ende und ein bißchen Dampf! ■*

**Aus einem Interview mit Rüdiger Satschewski, Vertreter der IG-Metall Saarbrücken, zur Heckel-Besetzung. Gesendet im Saarländischen Rundfunk am 24.12.1982 innerhalb einer Live-Sendung vom Heckel-Gelände.**

**Frage:** Vor dem Tor von Heckel hängen noch einige alte Plakate: Wir kämpfen um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Heckel! Keine Schließung ohne Ersatzarbeitsplätze! Nun wurde ein Beschluß des Aufsichtsrates von Techno-Arbed gefaßt, da ging es — kurz gesagt — darum: es gibt ungefähr 80 Ersatzarbeitsplätze, aber keine 200. Ist das ein Erfolg für die IG Metall oder war das so was wie eine kleine Niederlage?

**Antwort:** Ich würde das so in keinem Fall als Erfolg bezeichnen, auf der anderen Seite aber auch nicht im Grunde genommen als Niederlage...

**Frage:** Nun hat ihre Führungsspitze der IG Metall im Saarland dieses Ergebnis so als Erfolg verkauft. Nun ist scheinbar die Basis nicht so ganz auf Linie der Gewerkschaftsführung.

**Antwort:** Nein. Ich würde sagen — das Ergebnis mit den 80 Arbeitsplätzen, meinen Sie jetzt — das haben wir nicht als Erfolg verkauft. Wir haben das insofern verkauft, wie schon gesagt, wir haben das erreicht; wenn man das als Erfolg werten will, dieses Erreichte, da würde ich sagen, gut man könnte es werten, aber es ist nicht das Endziel unserer Arbeit, es ist ein Teil davon, daß das erreicht worden ist, ein Teil, den es fortzusetzen gilt...

Wenn man also sieht, beispielsweise, was die ganze Zeit hier möglich war in diesem Betrieb, so ist das dann natürlich auch ein Erfolg für uns. Denn in anderen Betrieben, auch wo man jetzt uns solidarisch unterstützt — gar keine Frage, und da sind

wir auch stolz darauf, froh darum — in anderen Betrieben wäre das ohne diese Mitbestimmung einfach net machbar gewesen. Daß über diese Zeit ein Betrieb besetzt wäre, weiß net, wie das in anderen Bereichen gewesen wär, da hätt man in drei Tagen den Betrieb geräumt. Das war eben hier durch die Mitbestimmung machbar.

**Frage:** ... es geht ja hier um Kampf, Arbeitsplätze allgemein. Wenn man sagt, wir entlassen Leute über den Sozialplan, wir schicken sie frühzeitig in Pension, die Arbeitsplätze sind ja weg, darüber muß man sich im klaren sein. Es heißt zwar, wir brauchen keine zusätzlichen Arbeitslosen, aber man vernichtet ja Arbeitspotential damit. Und die nachfolgende Generation, dafür kämpft ja auch Heckel, hat ja keinen Arbeitsplatz mehr. Das ist ja das eigentliche Problem, das dahinter steckt.

**Antwort:** Ja, ja, und genau darum geht es eben. Das wollt ich also eben damit sagen. Es ist also richtig, daß wir uns bemühen, daß entsprechende Arbeitsplätze neu geschaffen werden, daß man Möglichkeiten der Umsetzung hat, daß andere Dinge geschehen; nur hier wird am 31. März, möglicherweise, ich sag das mal mit Fragezeichen, es ist möglich, ich will es gar nicht so dahin stellen, aber die Frage, da muß man ja sehen, wie das alles technisch auch abläuft und so weiter. Wir bemühen uns also, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, nur ich muß noch einmal betonen, das ist also in der Vergangenheit immer wieder so irgendwie etwas falsch dargestellt worden, da hat man gesagt, ja was macht denn die IG Metall in dieser Richtung eigentlich. Wir können uns wirklich nur bemühen, daß was getan wird, aber wir sind ja nicht in der Lage, von uns aus irgendwelche Arbeitsplätze neu zu schaffen... ■









































